

Zum Verhältnis von Markt und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften

Schrader, Heiko

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schrader, H. (1994). *Zum Verhältnis von Markt und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften*. (Working Paper / Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 217). Bielefeld: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-423527>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie



University of Bielefeld
Faculty of Sociology

Forschungsschwerpunkt
Entwicklungssoziologie

Sociology of Development
Research Centre

Universität Bielefeld - Postfach 100 131 - 33501 Bielefeld - Federal Republic of Germany - Tel.(0521)106-4650/4221
Fax (0521)106-2980

WORKING PAPER N° 217

Zum Verhältnis von Markt und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften

Heiko Schrader

Bielefeld

ISSN 0936-3408

ZUM VERHÄLTNIS VON MARKT UND MORAL IN WESTLICHEN UND NICHTWESTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Heiko Schrader

Einleitung¹

In der klassischen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Literatur sind **Markt** und **Moral** normative Begriffe. Markt wird von der bürgerlichen Perspektive als Synonym für Rationalismus, Freiheit und Demokratie, von den Romantikern und marxistisch orientierten Positionen als Ausdruck von Entfremdung, Egoismus und Werteverfall verstanden. Umgekehrt wird Moral einerseits mit Tradition, Vorvernunft und gemeinschaftlichen Zwängen, andererseits mit Sittlichkeit, kosmozentrischer Lebensweise und Gemeinwohl assoziiert. Hinter diesen antagonistischen Begriffen verbirgt sich ein Prozeß wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels, der mit dualistischen Konzepten wie ‚Gemeinschaft und Gesellschaft‘ (Tönnies), ‚mechanischer und organischer Solidarität‘ (Durkheim) oder ‚Einbettung und Entbettung‘ (Polanyi) charakterisiert worden ist. So stellt sich nun die Frage: Wie ändert sich im Verlauf dieses Prozesses das Verhältnis von Markt und Moral?

Nach der wirtschaftsliberalen Interpretation ist im Zuge des westlichen Modernisierungsprozesses durch die Liberalisierung der Produktionsfaktoren und wirtschaftliche Integration das Individuum von gemeinschaftlichen Zwängen und moralisch legitimierten traditionellen Herrschaftsstrukturen befreit worden. In der Dritten Welt, so die Modernisierungstheoretiker, erfolgt dieser Prozeß wirtschaftlich-sozialen Wandels zeitlich verzögert. Viele nichtwestliche Länder seien in einer Phase der Transition, in der die Marktexpansion traditionelle Herrschaftsstrukturen gegen demokratische Strukturen ersetzt. Nach dieser Lesart wird also im Prozeß wirtschaftlich-sozialen Wandels in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften Moral im zunehmenden Maße durch Markt substituiert. Dem Staat kommt hierbei die Funktion der Konstituierung der Marktwirtschaft und der Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen zu.

Eine andere Prozeßbeschreibung bietet die auf Karl Polanyi (1978, 1979) basierende Substantivistische Schule (Polanyi et al. 1957). Sie argumentiert, daß die westliche Ge

¹ Dieser Beitrag ist die Überarbeitung meines Habilitationsvortrags vom 9. November 1994 an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.

sellschaft bis zum Zeitpunkt der Entstehung des selbstregulierenden Marktes Dominanz und Kontrolle über die Wirtschaft hatte - oder anderes ausgedrückt: die Wirtschaft war in die Gesellschaft eingebettet. Erst im Zuge der Großen Transformation, der Durchsetzung des selbstregulierenden Marktes als Steuerungsprinzip des Kapitalismus, wurde die Wirtschaft entbettet, also aus ihrer Einbettung in die Gesellschaft herausgelöst. Damit, so das Argument, begann sie sogar, diese zu dominieren und nach ihren Gesetzmäßigkeiten neu zu strukturieren. Allerdings provozierte der selbstregulierende Markt staatlich-gesellschaftliche Schutzmechanismen gegen seine zerstörerische (und selbstzerstörerische) Wirkung, die ihn wieder in die Gesellschaft einbetteten. Im Hinblick auf nichtwestliche Gesellschaften übernahmen die Substantivisten (e.g. Dalton 1971: 351) in den 60er und 70er Jahren das modernisierungstheoretische Denken der Projektion des westlichen Entwicklungspfades. Die Große Transformation hatte also folgende Konsequenzen: Mit der Durchsetzung des selbstregulierenden Marktes ist Moral als bedeutendstes Steuerungsprinzip traditioneller Gesellschaften durch das Steuerungsprinzip Markt substituiert worden. Allerdings kommt dem Staat über wirtschaftlich-gesellschaftliche Regulierung eine wichtige Steuerungsfunktion zu.

Wiederum anders ist die Eliassche (1981, 1988, 1993) Beschreibung des Prozesses der Zivilisation. Herrschaftliche Fremdzwänge verwandelten sich in verinnerlichte Selbstzwänge. Im Verlauf gesellschaftlicher Differenzierung festigt sich im Individuum neben der bewußten Selbstkontrolle zugleich eine Selbstkontrollapparatur, die über die Angst vor Scham Verstöße gegen gesellschaftlich legitimes Handeln zu verhindern versucht. Die Herausbildung dieser Selbstkontrollapparatur steht mit der Ausdifferenzierung des Gewalt- und Steuermonopols in engem Zusammenhang. Stabile Gewaltmonopole sind durch lange Handlungsketten, starke funktionale Abhängigkeiten der Menschen und Institutionen untereinander, ein geringes Machtdifferential und ein hohes Maß an internalisierter Kontrolle gekennzeichnet. Im Bereich der Wirtschaft wird physischer Zwang (Raub, Krieg) mit der Zunahme des Gewaltmonopols durch den inneren Zwang zur Rück- und Voraussicht substituiert.² Der Zivilisationsprozeß breitet sich von den höheren Schichten auf die unteren und von westlichen auf nichtwestliche Gesellschaften aus. In Anwendung dieses Hintergrundes auf meine Fragestellung bietet sich folgende Elias

² Max Weber (1984) und andere haben darauf hingewiesen, daß die Genese des modernen Kapitalismus die Berechenbarkeit staatlicher Verwaltung und Rechtsprechung verlangt (siehe hierzu auch Schrader 1994), was allerdings wiederum die Entstehung einer relativ einheitlichen Herrschaftsorganisation und die Monopolisierung des Rechtszwangs über soziale Räume beinhaltet (vgl. Bogner 1989: 21).

sche Interpretation an: Moral, Markt und Staat sind interdependent, und ihre Bedeutung als Steuerungsprinzipien nimmt im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung zu.³

Alle drei Lesarten unterstellen also eine universelle Gültigkeit der von ihnen identifizierten Transformationsprozesse mit zeitlicher Differenz in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften.

Nach dieser kurzen Einordnung der Thematik möchte ich mich im folgenden drei Themenkomplexen zuwenden:

- (1) der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussion um die Steuerungsprinzipien Markt und Moral;
- (2) der Frage nach dem Verhältnis von Markt und Moral in westlichen Gesellschaften und
- (3) der Relation von Markt und Moral in nichtwestlichen Gesellschaften.

(1) Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Diskussion um die Steuerungsprinzipien Markt und Moral

Was liefert, um mit John Elsters (1989) Metapher in Anlehnung an David Humes *The Cement of the Universe* zu sprechen, den ‚Zement der (Wirtschafts)Gesellschaft‘?⁴ Genügt der Preis-Mengenmechanismus, das freie Spiel von Angebot und Nachfrage, das über den Preis reguliert wird, als Steuerungsprinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie dies die Neoklassische Schule unterstellt? Oder bedarf es weiterer Prinzipien

³ Während Elias sich insbesondere auf Peinlichkeit und Scham bezieht, meine ich, die internalisierten Selbstzwänge und Kontrollmechanismen mit Moral bzw. Ethik umschreiben zu können.

⁴ vgl. auch Müller (1994).

gesellschaftlicher Steuerung, die umgangssprachlich mit Staat und Moral bezeichnet werden?⁵

Schauen wir uns zuerst einmal den Begriff ‚Moral‘ näher an: Ich möchte ihn funktional als ein internalisiertes Steuerungsprinzip bezeichnen, das egoistisches Handeln zugunsten des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestimmten, gesellschaftlich bzw. herrschaftlich determinierten Schranken unterwirft. Nach der Rupert Layschen ‚Ethik für Manager‘ (1991: 27-9) erfolgt moralisches Handeln aufgrund einer Abwägung zwischen der Realisierung von Interessen einerseits und dem Vermeiden von psychischen Konflikten (Schuldgefühlen, Scham, Beeinträchtigung der Selbstachtung, usw.) und sozialen Sanktionen (Minderung oder Verlust von Anerkennung, sozialer Sicherheit, etc.) andererseits. Moral reguliert Interaktionen über als verbindlich akzeptierte und ‚in der Regel eingehaltene Standards (Normen, Regeln, Gewohnheiten, Grundsätze), Einstellungen, Vorurteile und Wertorientierungen‘ (Lay 1991: 91).

Im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung wurde das Gewinnstreben entmoralisiert (Hirschmans (1977) ‚The Passions and the Interests‘),⁶ solches Handeln allerdings zuerst noch über eine Arbeitsethik moralisch-religiös legitimiert (vgl. Weber 1984), bis schließlich auch diese an Relevanz verlor (vgl. Bell 1990). Ein anderer Teil von Moral wurde über legislative Sanktionsmöglichkeiten formalisiert (z.B. das Vertragsrecht). Ein dritter Teil generalisierte sich als universalistisches Normensystem, in dem der Aspekt des Selbstzwangs ‚verdunstete‘ (vgl. Kaufmann 1984: 182: FN 3). Wieder ein anderer Teil, der sich auf Reziprozität und Redistribution in der Gemeinschaft, also auf soziale Sicherheit bezog, wurde auf staatliche Formen der Redistribution übertragen.

Moral ist demnach eine Funktion sozialen Wandels, wobei die Grenzen der sozialen Einheit die Grenzen der Moral markieren. Max Weber wies auf die Unterschiedlichkeit einer Binnen- und Außenmoral hin. Darüber hinaus existieren nach Durkheim in ver-

⁵ Nach Kaufmann (1984) wird der Begriff ‚Steuerung‘, der auf die Systemtheorie zurückgeht, in vielen Fällen unspezifisch benutzt. Am präzisesten sei die Unterscheidung zwischen Markt, hierarchischen Organisationen und Solidarität.

⁶ vgl. hierzu A.O. Hirschman (1977, 1993). Nach Hirschman ist der Vorläufer des Konzepts rationalen Handelns das des Interesses, das ursprünglich euphemistisch für zielgerichtetes, ichbezogenes Handeln auf Kosten anderer stand. Allmählich wurde es als Tugend den niederen ‚Leidenschaften‘ gegenübergestellt. Allmählich entfernte sich dessen Bedeutung immer mehr von seinem Ursprung, bis es zum Synonym für Gewinnstreben verkümmerte und schließlich durch das Konzept rationalen Handelns ersetzt wurde.

schiedenen gesellschaftlichen Kontexten (wie Familie, Beruf, Staatsbürgerschaft, etc.) partikulare Moralen.

Zunächst geht es aber um die Diskussion von Moral und deren Funktion in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bzw. um eine Ethik wirtschaftlichen Handelns. Eine Wirtschaftsethik überprüft nach Rupert Lay (1991: 73) Handlungstypen (**nicht**: Handlungsindividuen) anhand eines von ihr identifizierten ‚höchsten Gutes‘, z.B. Gemeinwohl.⁷ Ein daran orientiertes moralisches Handeln wendet die ethischen Grundsätze kritisch auf einzelne Handlungen oder Motive an.

Der Ursprung der Wirtschaftswissenschaften war moralphilosophisch fundiert. Adam Smith verwies zwar den Staat in die Rolle des wirtschaftspolitischen ‚Nachtwächters‘, indem er feststellte, die Summe allen eigennützigen Handelns diene dem Allgemeininteresse und dem Wohlstand aller; in der *Theory of Moral Sentiments* legte er aber dem Eigeninteresse aufgrund der von ihm unterstellten natürlichen Veranlagung des Menschen explizit bestimmte Schranken auf (vgl. Kaufmann 1984).

Dieser Moralaspekt ging aber in der Neoklassischen Schule gänzlich verloren; sie grenzte mit ihrem positivistischen Wertfreiheitspostulat ethisch-normative Aspekte des Wirtschaftens wie Gerechtigkeit, Fairneß oder Vertrauen aus der Disziplin aus. Moral wurde mit Vorvernunft assoziiert. Ludwig von Mises (1940: 8) stellte fest, daß die Neoklassik nicht aufzeigt wie Individuen handeln sollen, sondern nur wie sie zur optimalen Zielerreichung handeln müssen. Leider ist diese wichtige Unterscheidung in der Umsetzung der Theorie in eine neoliberale Wirtschaftspolitik allzu oft übersehen worden. Martinelli und Smelser (1990: 31-2) kritisieren deshalb zu Recht, daß die Gesellschaft in der Praxis nicht nach den Prinzipien wirtschaftlicher Rationalität und der Maximierung von Effizienz funktioniert. Die meisten Entscheidungen werden auf der Basis komplizierter Prozesse der Konfrontation, des Konfliktes, des Dialogs und des politischen Kompromisses gefällt.

In der heutigen Basisversion wirtschaftlicher Rationalität der neoklassischen Wirtschaftstheorie handelt das Individuum in wirtschaftlichen Transaktionen nach dem Prinzip der individuellen Wohlstands- oder Nutzenmaximierung in einem machtfreien Raum.

⁷ Lay bezieht sich hier auf das Verständnis der Sozialethiker, daß der zu erreichende Gesellschaftszustand ökonomische, rechtliche, kulturelle und soziale Kriterien beinhalten soll.

Anbietern und Nachfragern werden eine Präferenzstruktur und zweck-mittel-rationales Handeln unterstellt, wobei die Herkunft der Präferenzen als außerhalb des Bereiches der Disziplin liegend angenommen wird. Zusätzliche Annahmen sind ein vollkommener Markt (vollständige Information und Konkurrenz), bestimmte staatliche Arrangements zur Aufrechterhaltung des Marktfriedens und ein aus dem Verhalten der Marktteilnehmer resultierender automatischer Gleichgewichtspreis.

Bezüglich der Vorstellungen vieler Soziologen über die Inhalte wirtschaftswissenschaftlicher Theorien muß kritisch angemerkt werden, daß dieses Bild in etwa dem eben skizzierten Basismodell mikroökonomischer Lehrbücher entspricht. Natürlich bestreiten neoklassische Ökonomen nicht, daß dieses Grundmodell weit von der Realität entfernt ist. Es bietet den Kern der Wirtschaftstheorie, während eine Reihe von Hypothesen veränderbar sind, ohne diesen Kern selbst in Frage zu stellen. Die Spezifikationen dieses Modells versuchen, durch die Aufnahme einer Reihe zusätzlicher Variablen die Realität zu approximieren.

Solche Spezifikationen der Neoklassik sind zum Beispiel Varianten der *rational-choice* Theorie wie Spieltheorie, die sozialutilitaristische Theorie der Gerechtigkeit (Rawls 1975), die Theorie des Verfassungsvertrages (Buchanan 1977) oder *New Institutional Economics*. Diese Ansätze berücksichtigen, daß rationale Entscheidungen wegen der Unvollkommenheit des Marktes bis zu einem gewissen Grad beschränkt sein können, und daß das Handeln eines Individuums nur in Relation zu anderen Individuen und Institutionen verstanden werden kann. Dabei wird heutzutage von einem dynamischen Ungleichgewicht des Marktes und asymmetrischen Beziehungen der Agenten ausgegangen, was die wirtschaftswissenschaftliche Variante des von ihr vehement abgelehnten soziologischen Terminus der Macht darstellt. Die Rationalitätsannahme geht davon aus, daß das Individuum nicht zufällig, sondern systematisch und geplant handelt (REMM-Hypothese: *resourceful, evaluating, maximising man*). Die Annahme der vollständigen Information wird fallengelassen. Das Individuum betrachtet die begrenzten, ihm offenstehenden möglichen Handlungen und wägt sie in Hinblick auf ihre ökonomischen Vor- und Nachteile (Harsanyi [1985]: Opportunitätskosten) ab.⁸ Oliver Williamson (1975), Vertreter des

⁸ Hierbei wird betont, daß auch eine kurzfristige Selbstbindung ein Akt wirtschaftlicher Rationalität (Nutzenmaximierung) sein kann. John Elster (1979) hat dies spieltheoretisch am Beispiel des Ulysses illustriert. Er ließ sich an den Mast binden, um die Sirenen hören, aber ihnen widerstehen zu können.

Transaktionskostenansatzes, spricht in diesem Zusammenhang von ‚*bounded rationality*‘.

Betrachten wir kurz die als fortschrittlich titulierten *New Institutional Economics*. Im Zentrum dieser Theorierichtung steht die Senkung der Transaktionskosten über die Entstehung effizienterer Institutionen.⁹ Die Hauptkritik an dieser Richtung trifft generell auf die Neoklassik zu: Macht, Vermachtungs- und Herrschaftsprobleme werden implizit als außerhalb des Wirtschaftssektors angesiedelt und traditionelle, kulturelle und kollektive Einflüsse auf das Handeln weitgehend ausgeklammert (vgl. Richter 1990; Reuter 1994).¹⁰

Die Erweiterung des Rationalitätsverständnisses in der orthodoxen Ökonomik hat auch zur Wiederbelebung der Diskussion um Moral als moderne Wirtschaftsethik geführt.¹¹ Nach dem Konzept der **korrektiven Wirtschaftsethik** werden der wirtschaftlichen Autonomie bestimmte Grenzwerte auferlegt. Immer wenn eine wirtschaftliche Handlungsweise bestimmte ‚Schwankungsbreiten‘ überschreitet, also die Selbststeuerung durch den Markt versagt, legitimiert dies eine politisch-ethische Intervention - zum Beispiel des Bundeskartellamtes oder des Bundesumweltministeriums. Problematisch ist hier allerdings die Entscheidung zwischen Normal- und Konfliktfall, was unter anderem die ständige Korrektur des Quantums von ‚Bodensatzarbeitslosigkeit‘ verdeutlichte, bis dieser Begriff durch den der ‚strukturellen Arbeitslosigkeit‘ ersetzt wurde. Ich bin der Meinung, daß dieses wirtschaftsethische Konzept unzureichend ist.

Die Vertreter eines **funktionalen wirtschaftsethischen Konzeptes** argumentieren im Sinne des Kontraktualismus, daß ökonomische Rationalität schon auf einer endogenen

⁹ Transaktionskosten werden hier definiert als Kosten für die Vereinbarung und Verwirklichung einer arbeitsteiligen Leistungserstellung (vgl. Picot 1992: 80) bzw. Kosten, die bei Austauschbeziehungen von Individuen entstehen (z.B. Informations- und Koordinationskosten).

¹⁰ Im einzelnen ergibt sich aus der Logik der Theorie, daß immer größere, hierarchische Organisationen immer effizienter sind, daß Fragen der Qualität von Produktion und Sozialprodukt gänzlich außer acht gelassen werden und daß Demokratisierungstendenzen in autoritär-hierarchischen Organisationen und Unternehmungen mit Verweis auf die mögliche Steigerung der Transaktionskosten verworfen werden. Außerdem fehlt in dieser Theorierichtung die Erklärung der Entstehung von Institutionen.

¹¹ Ich folge in der Darstellung Ulrich (1990: 182ff.), Meran (1990: 81f.) und Lay (1991).

Binnenmoral basiert und auf die Senkung der Transaktionskosten zielt. Die Begründung einer funktionalen Wirtschaftsethik erfolgt anhand zweier Argumentationsstränge. Der erste verweist auf das spieltheoretische ‚Gefangenendilemma‘, die Annahme, daß sich zwei eigennützige Individuen in einer Situation strategischer Nutzeninterdependenz zu kooperativem Handeln zusammenfinden.¹² Der zweite Strang, ebenfalls spieltheoretisch argumentierend, knüpft an die Hobbessche Tradition des Gesellschaftsvertrags an,¹³ der die konstitutionellen Voraussetzungen für das Funktionieren von Gesellschaft legt und über die Notwendigkeit staatlicher Interventionen zur Aufrechterhaltung der Marktordnung das ordoliberalen wirtschaftspolitischen Verständnis stützt.

In der Betriebswirtschaft gewinnt das Konzept der Unternehmensethik zunehmend an Bedeutung. Hier wird auf der Basis des *Social-Choice* Ansatzes (Gauthier 1986) moralisches Verhalten aus der Erwartung kooperativer Erträge hergeleitet, die individuell nicht (oder zumindest nicht in diesem Ausmaße) erwartet werden können. Moral ist aus dieser Sicht ein öffentliches Gut, dessen Bereitstellung zwar kurzfristig Opportunitätskosten erzeugt (den Verzicht auf kurzfristig realisierbare Vorteile), längerfristig über die Kalkulierbarkeit der gesellschaftlichen Ordnung aber ökonomische Vorteile ermöglicht. Zwar können auch Gesetze, Vorschriften und Mitgliedschaften Individuen zu einer bestimmten Handlung verpflichten, sie implizieren aber wegen der Notwendigkeit von Kontroll- und Sanktionsapparaten höhere Transaktionskosten als Moral.

Ich bin der Ansicht, daß sich in der Tat viele wirtschaftliche Handlungen und Interaktionen mit einem funktionalen wirtschaftsethischen Konzept erklären lassen; die folgende

¹² Die spieltheoretische Situation des Gefangenendilemmas ist folgendermaßen: Zwei isolierte Gefangene werden einer gemeinsamen Straftat bezichtigt. Gestehen sie beide, erhalten sie eine mittlere Strafe. Gesteht nur einer, erhält der Geständige eine geringere, der Nichtgeständige eine höhere Strafe. Leugnen beide, erzielen beide das beste Ergebnis. Solange die Strategie des anderen Gefangenen unsicher ist, ist ein Geständnis ratsam - ein Nash-Gleichgewicht, das beide schlechter stellt als im Falle möglicher Kooperation, aber besser als im Falle der besten individuellen Alternativenwahl bei Nichtberücksichtigung des anderen.

¹³ Nach Thomas Hobbes ist eine dauerhafte Gemeinschaft ohne die Beschränkung individueller Nutzenmaximierung nicht möglich. Dies veranlaßt ihn zur Forderung nach Gesellschaftsverträgen und dem Leviathan, der Staatsmaschine, die notfalls die Einhaltung der Beschränkungen erzwingt (vgl. Wieland 1990: 150). Im Gegensatz zu Hobbes begründet Buchanan (1977) den Verfassungsvertrag utilitaristisch. Auch in Rawls‘ Theorie der Gerechtigkeit bedarf es einer exogenen Kontrolle (Verfassung, Vertrag, Satzung, etc.) zur Einhaltung der Gerechtigkeit.

Diskussion wird jedoch zeigen, daß auch dieses Konzept nicht alle wirtschaftsethischen Handlungen erfassen kann.

Die Spezifikationen der neoklassischen Position verdeutlichen also die Erweiterung des Rationalitätsbegriffes in Hinblick auf Beschränkungen. Darüber hinaus ist erkannt worden, daß Markt und Moral nicht notwendigerweise inkompatibel sind (funktionale Wirtschaftsethik), daß es gelegentlich staatlicher Intervention bedarf (korrektive Wirtschaftsethik), und daß beide Steuerungsprinzipien sogar komplementär sein können (Spezifikationen des Transaktionskostenansatzes).

Während die orthodoxe Strömung in der Wirtschaftstheorie sich mit der Erweiterung des neoklassischen Basismodells lange Zeit schwer tat, zieht sich eine heterodoxe Strömung als Opposition zur Neoklassik durch die Wissenschaftsgeschichte der Volkswirtschaftspolitik. Sie hatte aufgrund ihrer Ausrichtung traditionell weniger Berührungsängste, was das Verhältnis von Markt und Staat betraf. Diese Strömung ist der amerikanische Institutionalismus,¹⁴ der auf Thorstein B. Veblen zurückgeht. Er betrachtet menschliches Handeln als mehrdimensional motiviert. Commons (1959: 73) argumentierte noch im Rahmen der Neoklassik, daß im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung Handlungsbeschränkungen durch die Gemeinschaft abnehmen, so daß das Individuum eine Handlungserweiterung erfährt. Hierbei übersah er allerdings die von Georg Simmel (1989) herausgestellte Verlagerung der Handlungsbeschränkungen in persönlichen Beziehungen der Gemeinschaftsebene auf die unpersönliche Ebene (Gesetze) sowie die von Elias (1988) betonte Verlagerung äußerer Zwänge nach innen. Die jüngeren Institutionalistinnen (zu denen u.a. Myrdal und Galbraith gezählt werden, vgl. Katterle 1990) gehen davon aus, daß menschliche Bedürfnisse eine Reihe von Kategorien umfassen, die nicht gegeneinander substituierbar sind. Hierzu zählen Bedürfnisse nach Sicherheit, Struktur und Ordnung, Achtung und Selbstachtung und Selbstverwirklichung.

Institutionalistinnen interpretieren den Markt als unvollkommene, vermachtete Institution. Sie sehen im wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß eine in der Evolution des Kapitalismus unvermeidbare Tendenz, die durch politische Intervention zugunsten kollektiver

¹⁴ Bei der Diskussion des amerikanischen Institutionalismus folge ich Reuter (1994) und Katterle (1990).

Wohlfahrt, Egalität und demokratischer Mitsprache kontrolliert werden muß.¹⁵ Ihre wirtschaftspolitische Vorstellung ist eine symbiotische Beziehung von Markt und Staat - eine Melange aus Marktsystem, Verhandlungssystem und Plansystem, um gezielte Entwicklung einzuleiten. Über bessere Bildungschancen soll der Staat das Humankapital erhöhen, so daß über politische und wirtschaftliche Partizipation langfristig ein Wandel von Fremdkontrolle zu ethischer Selbstkontrolle stattfindet. Trotz der geradezu diametralen Position vereinnahmen die *New Institutional Economics* den amerikanischen Institutionalismus als ihren Vorläufer (vgl. Reuter 1994).

Betrachten wir nun die gegenwärtige heterodoxe Diskussion um eine moderne Wirtschaftsethik, die in den Worten des Schweizer Wirtschaftsethikers Peter Ulrich (1990: 179) ‚im Spannungsfeld zwischen institutionalisierter Sachlogik der modernen Wirtschaft einerseits und Ansprüchen der Menschen an die Qualität des modernen Lebens andererseits‘ steht. Die Wirtschaftsethiker knüpfen an die ethischen Philosophen von Platon und Aristoteles über Kant bis zu Habermas an, die sich jedoch nicht explizit mit Wirtschaftsethik beschäftigt haben.

Der Handlungstypus ‚*homo moralis*‘, der sittlich Handelnde, wie Meran (1990) diesen Handlungstypus benennt, überprüft sein Handeln an den Kriterien der Gerechtigkeit, des Wohlwollens, der Solidarität, des Mitleids, der Fürsorge, der Kooperation, usw. Bei der Auswahl einer Handlungsalternative unterwirft er sich Alternativenbeschränkungen, da bestimmte Alternativen, deren Auswahl zwar zweck-mittel rational, aber moralisch verwerflich wäre, ausgegrenzt werden. Ethisch sensible Bereiche der Kommodifizierung (vgl. Elwert 1987) sind in westlichen Gesellschaften zum Beispiel der Plutoniumhandel, Kinderprostitution, Drogenhandel oder Umweltdelikte. Ein Beispiel der Instrumentalisierung sensibler ethischer Bereiche ist die Werbestrategie des Bekleidungsherstellers Benetton - das Ziel, ‚um jeden Preis‘ aufzufallen.

¹⁵ Diese Sichtweise geht auf Commons (1959) zurück. Er unterscheidet marktwirtschaftliche Transaktionen des gleichberechtigten Tausches (*bargaining transactions*) von hierarchischen Befehlstransaktionen (*managerial transactions*) und autoritativ zuteilenden Transaktionen (*rationing transactions*) und betont den Bedeutungszuwachs der *managerial* und *rationing transactions* im Kapitalismus.

Ulrich (1990) verwirft eine teleologische, rein neoklassisch begründete Wirtschaftsethik, da ihr das deontologische Element fehle.¹⁶ Seine Vorstellungen zielen auf die Verpflichtung und Selbstverpflichtung der Handlungssubjekte. Ein Beispiel wäre die ökologische Verantwortlichkeit jetziger Generationen den nachfolgenden gegenüber. Aufgrund des *Freerider*-Axioms kann solche Verantwortlichkeit nicht utilitaristisch erklärt werden. Peter Ulrich fordert deshalb, daß die Wirtschaftssubjekte ihre empirischen Präferenzen einem kritischen Reflexions- und Argumentationsprozeß unterwerfen müssen. Hier ist die Nähe zu Habermas' und Apels Diskursethik, die sich allerdings nicht explizit auf wirtschaftliches Handeln bezieht, unverkennbar.¹⁷ Sinn der von Ulrich vertretenen kommunikativen Wirtschaftsethik ist - wie er es ausdrückt -, die ökonomische Rationalität selbstreflexiv ‚zur Vernunft‘ zu bringen. Vernünftiges Wirtschaften im Sinne einer modernen Wirtschaftsethik bezeichnet Ulrich nun als ‚sozioökonomische Rationalität‘. Eine Handlung oder institutionelle Regelung ist dann sozioökonomisch rational, wenn sie durch ‚freie und mündige Bürger in der vernunftgeleiteten politisch-ökonomischen Verständigung unter allen Betroffenen als *wertschaffend* bestimmt werden kann‘ (Ulrich 1990: 211).¹⁸ Eine ähnliche deontologische Argumentation findet sich bei den amerikanischen Institutionalisten.¹⁹

¹⁶ Deontologie wird hier verstanden als Verpflichtung bzw. Selbstverpflichtung des Individuums an ein ‚höchstes Gut‘, z.B. Gemeinwohl.

¹⁷ Die Diskursethik lehnt das Kantsche Konzept der Vernunftsethik (einer Ethik, die sich aus der Moral jedes einzelnen herleitet und für jeden Menschen moralisch akzeptabel sein muß) ab und leitet moralische Urteile, Normen etc. aus dem Dialog zwischen Individuen - dem Ergebnis eines Verständigungsprozesses unter idealen Diskussions- und Verhandlungsbedingungen - her. Nach Habermas lautet das diskursethische Moralprinzip wie folgt: „Jede gültige Norm muß der Bedingung genügen, daß die Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus ihrer allgemeinen Befolgung für die Befriedigung der Interessen jedes Einzelnen voraussichtlich ergeben, von allen Betroffenen zwanglos akzeptiert werden können“ (Habermas 1984: 219). Nach Ulrich ist die wichtigste Diskursbedingung das Prinzip der Reziprozität, der gegenseitigen Anerkennung der Vollwertigkeit der Gesprächspartner.

¹⁸ Dieser Gedanke findet sich schon bei David Hume: Alle Eigenschaften, die von allen gutgeheißen werden, sind moralisch.

¹⁹ Dem einzelnen müsse eine Richtlinie zur Beurteilung seines Handelns in Hinblick auf die Gesamtgesellschaft gegeben werden. Hierzu hat M.R. Tool (1979: 293) ein normatives ‚social value Prinzip‘ definiert, das Katterle (1990: 132) als ‚regulative Idee eines reformoffenen gesellschaftlichen Diskurses bezeichnet. Es baut auf Veblens kollektiver Wertlehre auf und bezeichnet Entwicklung als richtig, wenn sie die Kontinuität des

Man kann Ulrichs Sichtweise auch mit der sinnvollen Unterscheidung Homanns (1990: 114) zwischen konventioneller und postkonventioneller Moral verbinden. Konventionelle Moral wurzelt auf Glauben, Autorität, Angst vor (dies- und jenseitiger) Strafe usw. und wurde im Zuge des Modernisierungsprozesses durch postkonventionelle Formen von Moral ersetzt. Diese basieren auf der intersubjektiv geteilten ‚Einsicht in die Gültigkeit der Normen‘ bzw. auf der Erwartung, daß Normen jederzeit durch Begründungen legitimiert werden können. Während Vertreter der *New Institutional Economics* argumentieren, daß dieser Bindungseffekt nur dann funktioniert, wenn *Freerider*-Verhalten unterbunden wird (z.B. legislativ), unterstelle ich einen deontologischen Bindungseffekt, der allerdings wiederum Wandel unterworfen ist. Ein aktuelles Beispiel postkonventioneller Moral stellt die weitläufige Akzeptanz der Sommersmogverordnung in Hessen dar, obwohl ein Verstoß gegen das Tempolimit rechtlich nicht geahndet wurde. Weitere Beispiele sind das fleißige Müllsortieren bundesdeutscher Bürger oder deren Spendenbereitschaft für humanitäre Hilfe.

Ich bin folglich der Auffassung, daß der Preis-Mengenmechanismus als ‚Zement der (Wirtschafts)Gesellschaft‘ nicht ausreicht. Es bedarf allerdings auch nicht nur einer Ergänzung durch das Steuerungsprinzip Staat, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, sei dies im Sinne des kontrollierenden Leviathan oder des korrigierenden Wohlfahrtsstaates. Vielmehr ist die Selbstbeschränkung der Wirtschaftssubjekte in der Verfolgung ihrer egoistischen Interessen erforderlich, wie dies im Kontraktualismus anklingt. Institutionalisierte Tausch impliziert im Gegensatz zum Raub einen Freiheitsverzicht oder, positiv formuliert, eine Selbstbindung - also, die gegenseitige Anerkennung von Leben, Eigentum usw. Nach Höffe (1990) stellt die Verinnerlichung dieser Menschenrechte die Grundlage für das Funktionieren einer Gesellschaft dar, während Normen und Gesetze auf die Verhinderung des Trittbrettfahrens zielen.

Ich möchte meine Position noch einmal zusammenfassen: wirtschaftlich eigennütziges Handeln wird durch eine auf Reflexion, Diskurs und Einsicht basierende postkonventionelle Moral bzw. deontologische Ethik in bestimmten Grenzen gehalten und muß in diesen gehalten werden, da andernfalls die Marktgesellschaft kollabiert.²⁰ Ich gebe mich im

menschlichen Lebens und die nicht verachtete Reproduktion von Gemeinschaft durch die instrumentelle Nutzung von Wissen. Es wird hierbei betont, daß auch Werte hinsichtlich ihres Beitrags zur Überlebensfähigkeit der Gesellschaft geprüft werden müssen.

²⁰ Diese Position findet sich z.B. von D. Hume und E. Durkheim bis hin zu F. Hirsch, A.O. Hirschman (vgl. Hirschman 1993) und A. Etzioni (1988).

Zeitalter des Massenkonsums, in dem breite Bevölkerungsschichten auf Mehrarbeit zum Zweck von Mehrkonsum ausgerichtet sind, zwar keinen großen Utopien hin, sehe aber in bestimmten sozialen Gruppen Veränderungen im Denken gegenüber wirtschaftlichem Wachstum und Umwelt, Arbeitszeit und Freizeit - oder anders ausgedrückt: einen Wertewandel weg von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten (vgl. Inglehart 1990). Dieser Wertewandel kann vielleicht über die Rückkopplungen auf den Markt und die Politik langfristig eine Veränderung im Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft bewirken. Allerdings teile ich Döberts (1994) pessimistische Auffassung, daß die Durchsetzungschancen einer kosmozentrischen Umweltethik im Vergleich zu einer anthropozentrischen Umweltethik nur gering sind.

Aus der Diskussion um Moral und Wirtschaftsethik und der von mir ausgewählten Kritik am Rationalitätsbegriff der Neoklassik wird deutlich, daß das neoklassische Konzept rationalen Handelns, das nach wie vor die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften dominiert, dringend einer Revision bedarf. Ich möchte daher kurz auf zwei aus empirischer Forschung hergeleitete theoretische Ansätze der Entwicklungssoziologie bzw. Sozialanthropologie eingehen und sie in Hinblick auf ein erweitertes Rationalitätskonzept diskutieren. Der erste Ansatz wirtschaftlichen Handelns ist James Scotts Konzept der *Moral Economy of the Peasant* (1976), das von Popkin (1979), einem Vertreter der *rational choice* Theorie, vehement attackiert wurde. Popkin bezeichnet Scotts *safety-first*-Prinzip als ‚irrational‘, da es anfällig für Trittbrettfahrer ist, und schließt mit seiner ökonomistischen Sichtweise normative, kulturelle und strukturelle Faktoren als Determinanten des Handelns von Bauern aus.

Meines Erachtens impliziert jedoch auch Scotts Theorie ein rationales Kalkül des Bauern, wenn wir von einem erweiterten Rationalitätskonzept ausgehen - einem Kalkül, das die höchste individuelle Sicherheit in auf Reziprozität und Redistribution basierendem, solidarischem Handeln findet und auf die Herleitung individueller aus sozialer Sicherheit ausgerichtet ist. Sofern individuelle Interessen mit denen des Gemeinschaftserhaltes kollidieren, werden jene zugunsten letzterer zurückgestellt. In Ausnahmesituationen, so die fortschrittlichen Ökonomen Akerlof (1984) und Sen (1985) in bezug auf Überlebensstrategien von bedrohten Gruppen, kann das *safety-first* Prinzip auch auf moderne Gesellschaften übertragen werden.

Interpretiert man Scott in der hier eingeschlagenen Richtung rationalen Handelns unter gesellschaftlichen Beschränkungen, so kommen wir dem zweiten Erklärungsansatz wirt-

schaftlichen Handelns nahe, den Evers (1994a) kürzlich bezüglich der Handlungsstrategien von Händlern in Moralwirtschaften bäuerlicher Gesellschaften unter dem Begriff des *traders' dilemma* formuliert hat. Unter den Strategien zur Dilemmavermeidung ist die im Zuge der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft vielleicht verbreitetste Strategie die Depersonalisierung ökonomischer Beziehungen.²¹ Bei dieser Betrachtungsweise wird die Ichbezogenheit des Handelns nicht zugunsten eines hypothetischen Altruismus aufgegeben, sondern durch ‚Metapräferenzen‘ (vgl. Hirschman 1993) - bzw. in der Sprache John Harsanyis (1985), ‚ethische Präferenzen‘ beschränkt.²²

An diese Gedanken schließt Etzionis (1988) Konzept des ‚eingekapselten Wettbewerbs‘ an, das er in *The Moral Dimension Toward a New Economics* entwickelt hat. Im Gegensatz zu den Annahmen des Wirtschaftsliberalismus bedürfe es eines gesellschaftlichen Wertesystems, sozialer Grenzen und staatlicher Vorgaben, innerhalb derer Wettbewerb konstruktiv sei.²³

²¹ Ausgangspunkt der Theorie des „traders' dilemma“ ist eine unterschiedliche Binnen- und Außenmoral in transitionalen Gesellschaften, wie sie schon Max Weber hervorhob. Die Binnenmoral verlangt ‚faire‘, das heißt am Gebrauchswert orientierte Preise bzw. die Umverteilung von Gewinnen. Außerhalb der Moralwirtschaft sind Händler dagegen den Bedingungen des Marktes unterworfen. Als ‚Mittelsmänner‘ zwischen der Moralwirtschaft und der Marktwirtschaft tragen solche Händler das Risiko des wirtschaftlichen Verlustes auf der einen und der sozialen Diskriminierung auf der anderen Seite. Welche Strategien kann nun ein Händler unter solchen Bedingungen gesellschaftlich beschränkten rationalen Handelns einschlagen? Eine offenkundige Lösung ist die Migration und Bildung von Händlerminoritäten. Als ‚Fremde‘ sind sie nicht an die Binnenmoral der Gastgesellschaft gebunden. Dabei ist letztendlich unerheblich, ob es sich um tatsächliche Fremdheit oder um deren Konstruktion über ethnische und religiöse Differenzierung handelt. Eine andere Strategie ist die Beschränkung auf Kleinhandel, so daß nur im geringen Umfang Kapitalakkumulation stattfindet. Die gängigste Strategie habe ich im Haupttext skizziert.

²² John C. Harsanyi (1985) differenziert in diesem Zusammenhang nach subjektiven und ethischen Präferenzen, und Amartya K. Sen (1977) fordert eine ökonomische Theoriestruktur, die mehrere Präferenzordnungen eines Individuums und die Bildung einer Meta-Präferenzordnung zuläßt.

²³ Nach Etzioni (1988) reflektieren Entscheidungen zum Großteil ihre Gesellschaft, Kultur und Subkultur, Schicht, etc. Da Individuen zur selben Zeit verschiedenen sozialen Kontexten angehören, können ihre Handlungsanweisungen konfliktieren. Folge dieser Konflikte kann die Verweigerung der Entscheidung sein. Wettbewerb, so Etzioni, führt nicht automatisch zum harmonischen Gleichgewicht. Deshalb bedarf es bestimmter Mechanismen, um den Wettbewerb zu schützen, die Konflikte in Grenzen zu halten und die Marktgesellschaft vor der Selbstzerstörung zu bewahren. Der strukturelle Rahmen für den

Allerdings postulieren die Beiträge der Neuen Wirtschaftssoziologie, wirtschaftliche Rationalität nicht nur auf das Handeln in bezug auf wirtschaftliche Ziele zu beschränken. Mark Granovetter (1985, 1992) schlägt deshalb konkret vor, auch das Streben nach bestimmten sozialen Zielen, nach höherem Status oder Macht unter die Begrifflichkeit rationalen Handelns zu fassen, da das Erreichen dieser Ziele wiederum ökonomische Vorteile nach sich ziehen kann. Diese Sichtweise zeigt eine Nähe zu Bourdieus (1979) Begrifflichkeit des symbolischen/kulturellen Kapitals²⁴ bzw. zu Colemans (1987) sozialem Kapital.²⁵

Coleman ist ein Vertreter der erklärenden Soziologie, die bereits ein erweitertes Rationalitätskonzept in ein Handlungsmodell umgesetzt hat. Nach Esser (1993) basiert die erklärende Soziologie (wie auch die Neoklassische Schule) auf der Grundannahme der *rational choice* Theorie, daß kollektive Phänomene nur aus individuellem Handeln erklärt werden können. Allerdings wird hier der subjektiv erwartete Nutzen des handelnden Individuums berücksichtigt. In ihrer Handlungsanalyse kombiniert die erklärende Soziologie folgende Elemente: Die soziale Situation wird mit dem Handelnden über die subjektive Bedeutung, die er der objektiven Situation beimißt, verbunden (*Logik der Situation*). Über kausale Erklärung wird eine Beziehung zwischen handelndem Individuum und Ursache des Handelns hergestellt (*Logik der Auswahl*). Schließlich werden die Auswirkungen individuellen Handelns als Beitrag zur Erklärung kollektiver Phänomene verstanden (*Logik der Aggregation*).

Als Erweiterung des der REMM-Hypothese der *New Institutional Economics* zugrunde liegenden Menschenbildes schlägt dieser Ansatz die RREEMM-Hypothese vor -

Wettbewerb sind das Wertesystem, bestimmte soziale Normen und staatliche-rechtliche Interventionen.

²⁴ Nach Bourdieu repräsentiert Erfolg die Höhe des Erwerbs kulturellen Kapitals. Machtinhaber bestimmen die Form der Kultur und erhalten auf diese Weise ihre gesellschaftliche Position. Der Begriff wird hier bezogen auf Statushandeln zur Erhöhung des kulturellen Kapitals, das wiederum zur Akkumulation ökonomischen Kapitals verwendet werden kann.

²⁵ Coleman definiert soziales Kapital als eine Vielzahl von Elementen, die einen Teilaspekt der Sozialstruktur repräsentieren und Handeln innerhalb dieser Struktur ermöglichen. Coleman argumentiert, daß soziales Kapital, materielles Kapital und Humankapital als Mittel zur Zielerreichung eingesetzt werden. Dabei ist soziales Kapital weniger sichtbar als die anderen beiden Formen, da es in der Beziehungsstruktur verborgen bleibt, in der die Interaktion geschieht (vgl. Portes und Sensenbrenner 1993).

resourceful, restricted expecting, evaluating, maximising man -, wobei der Unterschied in der beschränkten Rationalität liegt und *maximising* in einem sehr weiten Sinne gefaßt ist. Es umfaßt Altruismus, Opferbereitschaft, Solidarität, Norm- und Werteorientierung. Anstatt *a priori* die Handlungsalternativen auf ,objektives‘, zweck-mittel-rationales Handeln zu beschränken, werden auch wertorientiertes, affektuales und traditionales Handeln unter den möglichen Handlungsalternativen berücksichtigt. Mir erscheint die Richtung dieses Ansatzes vielversprechend für die soziologische Analyse wirtschaftlichen Handelns. Problematisch ist allerdings, daß die Realitätsnähe über die Komplexität des Modells erkaufte wird, so daß dieses kaum in der Feldforschung Anwendung finden kann.

Die sozialwissenschaftliche Reflektion über Rationalität und Moral legt also ein erweitertes Rationalitätskonzept nahe, nach dem das Wirtschaftssubjekt die sozial legitimen Handlungsalternativen optimiert. Das Ergebnis des Entscheidungsprozesses könnte in Anlehnung an Williamsons (1975) und Ulrichs (1990) Begriffe mit *bounded socio-economic rationality* bezeichnet werden - sozioökonomische Rationalität unter sozialen Beschränkungen.

Das Fazit des ersten Abschnitts meines Beitrags möchte ich also in folgender, knapp formulierter Aussage zusammenfassen: **Markt und Moral sind interdependent und komplementär.** Im zweiten Abschnitt möchte ich mich nun aber konkret dem Verhältnis von Markt und Moral in westlichen Gesellschaften zuwenden und Polanyis (1978) *The Great Transformation* für die Nachkriegszeit fortschreiben.

(2) Markt und Moral in westlichen Gesellschaften

Wirtschaftspolitisch manifestierte sich in der Nachkriegszeit das Verhältnis von Markt und Staat in West- und Osteuropa in der ordnungspolitischen Spanne zwischen der marktkonformen Variante der sozialen Marktwirtschaft bis zur marktinkompatiblen Strategie der Zentralverwaltungswirtschaft. In der Bundesrepublik, auf die ich mich im folgenden beziehe, kam der wirtschaftspolitischen Steuerung im Ordoliberalismus (Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft) nur eine begrenzte Bedeutung zu. Für den

Binnenmarkt setzte er die konstituierenden Prinzipien für den freien Wettbewerb²⁶ und die regulierenden Prinzipien zu seiner Aufrechterhaltung. Hierzu gehörten Korrekturen bei der Einkommensverteilung, wo das Äquivalenzprinzip sozialetisch nicht akzeptabel war.²⁷ Vom internationalen Standpunkt aus verstieß die Soziale Marktwirtschaft mit ihrer aggressiv nationalistischen Politik der Subventionen und Steuervorteile allerdings gegen das Prinzip des freien Wettbewerbs. Die Regulativfunktion des Staates zugunsten des Gemeinwohls verstärkte sich aber im Rahmen der keynesianischen Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung.

Die jüngste Stärkung des Neoliberalismus durch den Kollaps der Zentralverwaltungswirtschaften hat allerdings wieder das Steuerungsprinzip Markt gestärkt und durch Privatisierung des öffentlichen Sektors sowie den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften zur erneuten Deregulierung des Binnenmarktes geführt. Es entstehen neue Märkte für das Gesundheitswesen, die Ausbildung, die soziale und Alterssicherung, den Umweltschutz usw. Neue transnationale Wirtschaftsräume tragen durch die Einschränkung nationaler staatlicher Kontrollbefugnisse zugunsten supranationaler Organisationen zur weiteren Deregulierung bei, denn letzte erhalten wegen notwendiger konsensualer Voraussetzungen der Mitgliedsländer nur minimale Regulationsmöglichkeiten. Gleichzeitig zeichnen sich diese transnationalen Wirtschaftsräume durch interne Homogenisierung in Symbolik, Gesetzen und Verordnungen (Beispiele: Europaß, Euroarbeitsmarkt und Eurobanane) bei simultaner Ausgrenzung des Umfeldes aus (Beispiele: duales Arbeitsrecht und Asylrecht).

In bezug auf nichtstaatliche Maßnahmen gegen den Wettbewerbsmarkt ist es Arbeitnehmern gelungen, ihre Interessen zu institutionalisieren, denen der Arbeitgeber und ihren Organisationen gegenüberzustellen und bis zu einem gewissen Grad in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verankern. Der Wohlfahrtsstaat ist durch die explizite Verpflichtung des Staates gekennzeichnet, die Verantwortung für marktgeschädigte In-

²⁶ Nach Eucken sind diese Prinzipien die Sicherung der freien Marktpreisbildung und eines funktionsfähigen Preismechanismus, die Verhinderung von Marktzugangsbeschränkungen, Vertragsfreiheit, Privateigentum an Produktionsmitteln, Konstanz der Wirtschaftspolitik, privatwirtschaftliche Entscheidungsbefugnis und Haftung nach dem Verursacherprinzip und der Vorrang der Währungspolitik.

²⁷ Hierzu zählen darüber hinaus privatwirtschaftliche Rechnungskorrektur bei externen Effekten, die Fixierung von Preisgrenzen bei anomalen Nachfrage- und Angebotsbedingungen und eine staatliche Wettbewerbspolitik. Darüber hinaus sollte sich der Staat Eingriffen in die Wirtschaft enthalten.

dividuen zu übernehmen. Er erkennt Gewerkschaften als Institutionen kollektiven Handelns an und gesteht ihnen einen Bereich relativer Autonomie zu. Darüber hinaus bilden Bürgerinitiativen, Verbraucherorganisationen und Mietervereine eine ‚Lobby‘ gegen wirtschaftliche Effizienzkriterien. Ihre Interessen haben sich bekanntlich auch in den Programmen der etablierten Parteien niedergeschlagen und zur Entstehung neuer Parteien geführt. Aber auch von unternehmerischer Seite ist erkannt worden, daß die Arbeits- und Arbeitsplatzbedingungen Einfluß auf die Produktivität haben, so daß hier die längerfristige betriebswirtschaftliche Nutzenmaximierung einer funktionalen Wirtschaftsethik entspricht.

Die Nachkriegszeit ist also von Perioden wirtschaftlicher Regulierung und Deregulierung gekennzeichnet, die Ausdruck des Verhältnisses der drei Steuerungsprinzipien sind.

Ich möchte anschließend zwei sehr heterogene Beispiele aufzeigen, die das Verhältnis der Steuerungsprinzipien verdeutlichen: 1) die Sozialversicherung und 2) die Individualisierungstheorie.

1) Die Sozialversicherung

Im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung ist ein Teil der sozialen Kosten von Gemeinschaft (Familie, Nachbarschaft, Dorf usw.) auf Gesellschaft, hier: Staat, übertragen worden bzw. erst in Gesellschaft entstanden. Der Bereich der Sozialversicherung kann im Rahmen des Polanyischen Grundmusters der Redistribution (bzw. mit Marshall Sahlins‘ [1972] erweitertem Reziprozitätskonzept [generalisierte Reziprozität]) diskutiert werden. Allerdings unterliegt die staatliche Politik dem zweifachen Dilemma, daß sie einerseits Wirtschaftswachstum mit den gesellschaftlichen Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates kombinieren muß, andererseits aber die Beziehung des Staatsbürgers zum Staat nur einen geringen Einbettungsgrad aufweist. Anders ausgedrückt: das Handeln in der Solidargemeinschaft bzw. die Metapräferenz ‚generalisierte Reziprozität‘ steht individuellen Präferenzen der kurzfristigen Gewinn- bzw. Nutzenmaximierung (z.B. Umweltdelikten, Steuerhinterziehung, illegaler Aneignung von Sozialleistungen usw.) gegenüber. Das von Kaufmann (1984) beschriebene dritte Steuerungsprinzip, ‚Solidarität‘, das er im Rahmen seines Konzeptes sozialer Steuerung neben die zwei Steuerungstypen ‚Markt‘

und ‚hierarchische Organisationen‘ stellt²⁸ und zentrales Element für das Funktionieren des Wohlfahrtsstaates ist, bedarf also einer postkonventionellen Moral der Wirtschaftssubjekte.

2) Die Individualisierungstheorie

Ulrich Beck (1993, 1994) geht in seiner Analyse der Transformation im Zeitalter des Wohlfahrtsstaates mit seiner Individualisierungstheorie noch einen Schritt weiter. Beck argumentiert, die Industriegesellschaft sei mit dem Erkennen der Wachstumsgrenzen (vgl. Hirsch 1977) zur individualisierten Risikogesellschaft fortgeschritten. Er diagnostiziert eine abnehmende Bedeutung kollektiver Strukturen, was zum Beispiel den Rückgang von Mitgliedschaften in Gewerkschaften zur Folge hat und sich auf deren kollektive Verhandlungsmacht am Arbeitsmarkt auswirkt, und dies trotz zunehmender Ungleichheit. Heutzutage sei das Individuum nur als Einzelperson Bezugsgröße für Ansprüche und Pflichten und immer stärker von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat abhängig. Allerdings bedeutet nach Beck Individualisierung nicht Atomisierung, Isolierung oder Einsamkeit, sondern eine aktive Gestaltung der individuellen Biographien. Der Prozeß der Individualisierung sei die gleichzeitige Entbettung und Wiedereinbettung von Lebensstilen - die Auflösung traditioneller und Konstruktion neuer Formen von Solidarität, die auf individuellen Netzwerken basiert.

²⁸ Dieser Steuerungstypus ist unter anderem durch folgende Bedingungen gekennzeichnet: (1) Individuelle Interessen und Handlungsziele treten nicht als die entscheidenden Parameter auf bzw. werden durch soziale Kontrollen dem Gemeininteresse untergeordnet. (2) Handlungsorientierung setzt gemeinsame Normen- und Wertorientierung und gemeinsame Situationsdefinitionen voraus. (3) Während beim Steuerungstypus ‚Markt‘ die Erfolgskontrolle (Kaufmann [1984] spricht von Rückkopplung) über Gewinne und Verluste und beim Steuerungstypus ‚Hierarchie‘ im bedingten Umfang über Protektion und Sanktionierung stattfindet, erfolgt die Rückkopplung des Steuerungstypus Solidarität über die Zuweisung bzw. den Entzug sozialer Anerkennung, Achtung und Autorität; (4) Notwendige Bedingung für solidarische Steuerung ist ein Gefühl sozialer Zusammengehörigkeit. Nur dann werden Eigeninteressen hinter kollektive Interessen zurückgestellt. Die Stabilität von solidarischen Beziehungen basiert auf gefühlsmäßiger Gebundenheit und/oder normativer Verpflichtung.

Die Fortschreibung von *The Great Transformation* in der Nachkriegsperiode deutet also darauf hin, daß der selbstregulierende Markt des neoklassischen Basismodells eine Fiktion ist. Nicht nur die Anhänger des Sozialstaates, sondern auch Ordoliberalisten messen dem Staat eine wichtige Steuerungsfunktion bei, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Allerdings verlangt eine stabile Marktgesellschaft darüber hinaus ein gewisses Maß an Selbstbeschränkung und die Einhaltung von Menschenrechten, bestimmten Normen und Werten. Mit dem Anstieg ökologischer Risiken, nationaler und internationaler Ungleichheit kommen postkonventioneller Moral und Solidarität bezüglich Selbstreflexion, Selbstbeschränkung und humanitärer Verantwortung für eine menschenwürdige und menschenmögliche Zukunft als Steuerungsprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens eine zunehmende Bedeutung zu.²⁹

(3) Markt und Moral in nichtwestlichen Gesellschaften

Der Langzeittrend nichtwestlicher wirtschaftlicher Entwicklung weist in der Nachkriegszeit je nach Region mehr oder weniger starkes gesamtwirtschaftliches Wachstum aus. Bis in die späten 70er und frühen 80er Jahre herrschte in vielen Ländern über die Verstaatlichung wirtschaftlicher Schlüsselbranchen und die Einschränkung des Marktes durch Wirtschaftsgesetze und Verordnungen eine staatliche Regulierungspolitik vor. Diese Politik wurde oftmals als Schutzmaßnahme der Dritten Welt gegen weltsystemischen Surplustransfer legitimiert. Erst die Verschuldungskrise und der daraus resultierende Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfond auf die Dritte Welt führten parallel zum Wiedererstarken neoliberaler Wirtschaftspolitik im Westen mehr oder weniger freiwillig zu Deregulierung, Marktöffnung und internationaler Verflechtung. Bürgerliche Entwicklungstheoretiker assoziieren als Nebenprodukt der Expansion des Steuerungsprinzips Markt und der Einschränkung von Staatsaktivität positive Impulse bezüglich Demokratisierung und politischem Pluralismus (vgl. Evers 1994b: 238f.).

Betrachten wir nun die nichtwestlichen Wirtschaften im Detail - soweit dies überhaupt regionsunspezifisch möglich ist - wobei ich die Gruppe der stark prosperierenden Wirtschaften aus meinen Überlegungen ausschließen möchte. Was in der späten Kolonialperiode und von den Modernisierungstheoretikern in Anlehnung an Boeke (1980) ‚transitorische Dualwirtschaften‘ genannt wurde, ist in den 70er Jahren als Dreisektoren-

²⁹ Talcott Parsons spricht in diesem Zusammenhang von *commitment*.

Modell wiederbelebt worden: als formeller, informeller und Subsistenzsektor. Dieses Sektorenmodell ist aufgrund der Unschärfe der Sektorengrenzen kritisiert worden (vgl. Elwert et al. 1983; Korff 1994: 214-5). O'Conner (1974) verzichtet daher ganz auf die Begriffe ‚formeller‘ und ‚informeller Sektor‘. Er identifiziert einen die Machtstrukturen reflektierenden kapitalintensiven Kernbereich der Wirtschaft in profitablen Märkten und einen durch starken Wettbewerb gekennzeichneten Randbereich in weniger profitablen Märkten. (O'Conner (1974) spricht von ‚*monopoly sector*‘ und vom ‚*competitive fringe*‘.) Der Kernbereich ist durch eine begrenzte Zahl qualifizierter Arbeitskräfte mit vergleichsweise hohen, regelmäßigen Einkommen, der Randbereich durch ein Überangebot von Arbeitskräften, niedrige und unregelmäßige Einkommen, ein hohes Maß an Selbstbeschäftigung, etc. gekennzeichnet.

Aus dieser Charakteristik leite ich folgende Überlegung her: Unbestreitbar ist die Expansion des Steuerungsprinzips Markt im O'Connorschen Kernbereich, aber auch im Randbereich der Wirtschaft. Allerdings ergibt sich zwischen den Bereichen eine deutliche Differenz in bezug auf die Relevanz der beiden anderen Steuerungsprinzipien. Der Kernbereich zeichnet sich durch gewerkschaftliche Organisation, ein gewisses Quantum an Arbeitsschutzbestimmungen und soziale Absicherung, der Randbereich dagegen gerade durch das Fehlen dieser Bedingungen aus.

Die detailliertere Betrachtung der Gesamtwirtschaft zeigt, daß Wachstum sich insbesondere in der Phase staatlicher Regulierung in hohem Maße auf die Expansion der Staatsaktivität (Wachstum der Bürokratie, Verstaatlichung von Schlüsselbranchen, Aufrüstung, etc.), aber auch auf personale Appropriation von Staatsrevenue durch Bürokraten, Politiker und Militärs erschöpfte (vgl. Evers und Schiel 1988). Yoshihara (1988) entwickelte in diesem Zusammenhang den Begriff *Ersatzkapitalismus*.³⁰ Dagegen fehlte eine nennenswerte sozialstaatliche Expansion und die Herausbildung einer Mittelschicht (beides Kennzeichen für Entwicklung), was zu gesellschaftlicher Polarisierung führte.

Betrachten wir nun das Verhältnis von Markt und Moral: Zuerst einmal wird Subsistenzproduktion *per definitionem* aufgrund ihrer sozialen Verankerung durch das Steuerungsprinzip Moral dominiert. Andererseits beschränken sich die Interaktionen der mei-

³⁰ Diesen Begriff prägte Yoshihara in Hinblick auf Südostasien. Er meint damit einen Kapitalismus, dem die Dynamik des Kapitalismus in Japan oder Westeuropa fehlt, da er durch die Expansion des Tertiären Sektors getragen wird.

sten Wirtschaftssubjekte nicht auf einen Bereich, sondern sind i.a. eine Kombination verschiedener Produktionsformen.

Was den O'Connorschen Randbereich betrifft, zeigen Korffs (1986) Analysen in den Städten, daß dieser Bereich im hohen Maße kommodifiziert und vermachtet ist. Nehmen wir zum Beispiel die fahrbaren Essensstände, so ist entgegen unserer Erwartung der Marktzugang zu solchen Randbereichen nicht etwa frei. Es werden Lizenzen und hohe Ablösesummen, Mieten, Bestechungsgelder und Schutzzahlungen verlangt. Selbst dort, wo persönliche Nähe einen hohen Einbegradsgrad von Interaktionen vermuten läßt (also in Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft), herrschen oftmals kommodifizierte Transaktionen vor (Schrader 1990). Darüber hinaus kann mit Elwert (1987) festgestellt werden, daß Venalität und die Kommodifizierung bestimmter, nach westlichen Standards ethisch sensibler Bereiche gerade in nichtwestlichen Gesellschaften besonders hoch sind. Hierzu wird gerne Korruption von Staatsbediensteten aufgeführt (Stichwort: ‚doppelte Moral der Bürokratie‘, die patrimoniale Züge aufweist). Diese Beispiele verdeutlichen, daß Moral in hohem Maße von den soziokulturellen Bedingungen abhängt und Veränderungen unterworfen ist.

Allerdings zeigt die Thematik des Bielefelder Graduiertenkollegs Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie zum Thema ‚Markt, Staat und Ethnizität‘, daß als Folge der rasanten Transformationsprozesse und Marktexpansion ohne gleichzeitige sozialstaatliche Flankierungsmaßnahmen Verelendungsprozesse im Randbereich stattgefunden haben. Auf diese reagieren die Betroffenen in verschiedenster Weise. Zum einen ist als gegenläufige Tendenz zum Modernisierungskonzept der Rückzug von Teilen der Bevölkerung auf Subsistenzproduktion, also die Abkopplung vom Markt erfolgt. Es ist offensichtlich, daß diese Abkopplung nicht, wie in westlichen Gesellschaften, Folge wirtschaftsethischer, sondern ökonomischer Motive ist: Über den Markt generiertes Einkommen reicht für viele Wirtschaftssubjekte nicht zum Überleben aus.

Zum anderen häufen sich trotz der unbestreitbaren internationalen Homogenisierung von Kultur und Gesellschaft (Stichworte: Massenkultur und Globalisierung) Kämpfe um ökonomische und nichtökonomische Ressourcen. Sie äußern sich zuerst einmal im starken Anstieg von Kapitalverbrechen mit wirtschaftlichem Hintergrund. Darüber hinaus nehmen sie Formen des religiösen, ethnischen und sozialen Konflikts, aber auch der Revolte gegen Markt und Staat an (z. B. Boykott, Verweigerung, Plünderung; vgl. Scott 1985; Walton 1990). Parallel dazu entstehen neue religiöse, ethnische und soziale Bewegungen, Selbsthilfegruppen und personale Netzwerke. Sie basieren auf Verwandtschaft,

Ethnie, Herkunftsregion, Lokalität usw. und dienen der Identitätsbildung, Förderung von Solidarität und sozialen Integration, zur Artikulierung von Interessen, Absicherung und Appropriation bzw. kollektiven Verteidigung von Ressourcen. Das heute vorherrschende Entwicklungsparadigma des *sustainable development*, nachhaltiger Entwicklung, fördert solche Institutionen, weil gerade sie wegen ihrer Kohäsion und sozialen Kontrolle als Intermediäre zwischen Randbereich und Kernbereich funktionalisiert werden können (Beispiel: Kredit- und Sparvereine als Intermediäre zwischen nicht kreditwürdigen Schichten und Banken). Die eben skizzierten Kämpfe, die auch Kennzeichen der Transformation Osteuropas sind, sind meines Erachtens Ausdruck für einen schwachen Staat, dessen Herrschaftsanspruch³¹ und Gewaltmonopol in Frage gestellt werden.

Frank Parkin (1971: 94) hat zur Erklärung solcher Konflikte in polarisierten Gesellschaften folgende klassentheoretische Überlegungen angestellt: Unteren Klassen fehlt die Macht, ein normatives System zu legitimieren, das sich gegen das dominante Wertesystem der herrschenden Klasse richtet. Daher bilden sich ‚subordinate‘ Wertesysteme in der, wie er sagt, ‚moralischen Dichte‘ lokaler Gemeinschaften. Sie entstehen auf der Basis von lokalisiertem sozialen Wissen und persönlichen Beziehungen (ebd.: 90; vgl. Berner 1994). Die Kollision zwischen ‚subordinaten Werten‘ und dominantem Wertesystem entlädt sich in diversen Formen von Konflikten, wobei die Eliten versuchen, ihre Macht und ökonomischen Chancen über Repressionsapparate zu verteidigen. Georg Elwert spricht in diesem Zusammenhang vom ‚Kommandostaat‘.

Ich möchte hier nicht die Relevanz von Klassenkonzepten diskutieren, meine aber, daß mein eklektizistisches Wissenschaftsverständnis auch eine Übertragung auf andere hierarchische gesellschaftliche Formationen erlaubt. In bezug zu unserem Thema möchte ich mit dieser Sichtweise zu folgendem Fazit kommen: Schwachen Staaten fehlen drei Grundbedingungen für die Etablierung einer stabilen Marktgesellschaft: 1) die Legitimität von Herrschaft, 2) die moralischen (oder mit Elias: internalisierten zivilisatorischen) Selbstbeschränkungen für das Funktionieren einer Marktgesellschaft (z.B. individueller Gewaltverzicht und die Anerkennung von Menschenrechten, aber auch der Verzicht auf Korruption), und 3) ein gewisses Quantum an sozialetischen Grundsätzen und sozialstaatlichen Errungenschaften. In anderen Worten: Eine Marktgesellschaft bedarf zu ih-

³¹ Ich möchte hier auf Max Webers (1985: 28f.) Unterscheidung zwischen Macht und Herrschaft hinweisen. Macht bedeutet nach Weber jede Chance, die den eigenen Willen gegebenenfalls auch gegen Widerstand durchsetzt, Herrschaft dagegen, Gehorsam für einen Befehl zu finden.

rem Fortbestehen des Zusammenspiels von Markt, der Legitimität des Staates und postkonventioneller Moral der Wirtschaftssubjekte. Die Differenz der Komposition der drei Steuerungsprinzipien liegt also nicht so sehr zwischen westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften, wie der Titel meines Beitrags vermuten läßt, sondern eher zwischen weniger und stärker zivilisierten bzw. rationalisierten Gesellschaften.

Bibliographie

Akerlof, George A. 1984: *An Economic Theorist's Book of Tales*. Cambridge: Cambridge University Press.

Barber, Benjamin R. 1994: Zwischen Dschihad und McWorld. Auszug aus einem Vortrag zum Weltkongress der Internationalen Vereinigung für politische Wissenschaften in Berlin. In: *Die ZEIT* 42: 64.

Beck, Ulrich 1993: *Jenseits von Stand und Klasse*. In: R. Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt. Sonderband 2*. Göttingen.

Beck, Ulrich 1994: The Debate on the 'Individualisation Theory' in Today's Sociology in Germany. In: B. Schäfers (ed.): *Sociology in Germany. Soziologie Special Edition 3*. Opladen: Leske und Buderich.

Bell, Daniel 1990: *Modernisation and Post-Modernism, and the Decline of Moral Order*. In: J.C. Alexander und S. Seidmann (eds.): *Culture and Society*. New York: Cambridge University Press.

Berner, Erhard 1994: *Strategische Akteure und widerständische Tendenzen: Ein Ansatz zur Reformulierung der Theorie strategischer Gruppen* (Unveröffentlichter Vortrag).

Boeke, Julius H. 1980: *Dualism in Colonial Societies* (repr. from *Indonesian Economics*). H.-D. Evers (ed.): *Sociology of Southeast Asia*. Kuala Lumpur: Oxford University Press.

Bogner, Arthur 1989: *Zivilisation und Rationalisierung. Die Zivilisationstheorien M. Webers, N. Elias' und der Frankfurter Schule*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bourdieu, Pierre 1979: *Les trois états du capital culturel*. *Actes de la Recherche en Sciences Sociales* 30: 3-5.

Buchanan, James M. 1977: *Freedom in Constitutional Contract*. College Station and London: Texas A&M University.

Coleman, James S. 1987: *Norms as Social Capital*. G. Radnitzky and P. Bernholz (eds.): *Economic Imperialism - The Economic Method Applied Outside the Field of Economics*. New York: Pegamon.

Commons, John R. 1959: Institutional Economics. Its Place in Political Economy (1934). 2 Bde. Madison.

Dalton, George 1971: Economic Anthropology and Development. New York, London: Basic Books Inc. Publishers.

Dalton, George 1990: Writings that Clarify Theoretical Disputes Over Karl Polanyi's Work. Kari Polanyi-Levitt (ed): The Life and Work of Karl Polanyi. Quebec: Black Rose.

Döbert, Rainer 1994: Die Überlebenschancen unterschiedlicher Umweltethiken. Zeitschrift für Soziologie 23, 4: 306-322.

Elias, Norbert 1981: Über den Prozeß der Zivilisation. Erster Band (8. Aufl.). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Elias, Norbert 1988: Über den Prozeß der Zivilisation. Zweiter Band (13. Aufl.). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Elias, Norbert 1993: Was ist Soziologie? (7. Aufl.). Weinheim und München: Juventa.

Elster, John 1979: Ulysses and the Sirens: Studies in Rationality and Irrationality. Cambridge: Cambridge University Press.

Elster, John 1989: The Cement of Society. A Study of Social Order. Cambridge: Cambridge University Press.

Elwert, Georg, Hans-Dieter Evers und Werner Wilkens 1983: Die Suche nach Sicherheit: Kombinierte Produktionsformen im sogenannten informellen Sektor. Zeitschrift für Soziologie 12, 4: 281-96.

Elwert, Georg 1987: Ausdehnung der Käuflichkeit und Einbettung der Wirtschaft. Markt und Moralökonomie. K. Heinemann (Hrsg): Soziologie wirtschaftlichen Handelns. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 28.

Esser, Hartmut 1993: Explanatory Sociology. In: B. Schäfers (ed.): Sociology in Germany. Soziologie Special Edition 3. Opladen: Leske und Buderich.

Etzioni, Amitai 1988: The Moral Dimension Toward a New Economics. New York: Free Press.

Evers, Hans-Dieter 1994a: The Traders' Dilemma: A Theory of the Social Transformation of Markets and Society. In: H.-D. Evers and H. Schrader (eds): The Moral Economy of Trade. London: Routledge.

Evers, Hans-Dieter 1994b: Trade, Market Expansion and Political Pluralism: Southeast Asia and Europe Compared. In: H.-D. Evers and H. Schrader (eds): The Moral Economy of Trade. London: Routledge.

Evers, Hans-Dieter und Tilman Schiel 1988: Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt. Berlin: Reimer.

Forde, Daryll and Mary Douglas 1967: Primitive Economies. In: G. Dalton (ed): Tribal and Peasant Economies. Austin, London: Texas Press.

Gauthier, David 1986: Morals by Agreement. Oxford.

Granovetter, Mark 1985: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. American Journal of Sociology 91, 3: 481-510.

Granovetter, Mark 1992: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. M. Granovetter and R. Swedberg (eds): The Sociology of Economic Life. Boulder: Westview.

Habermas, Jürgen 1984: Über Moralität und Sittlichkeit - Was macht eine Lebensform ‚rational‘? In: H. Schnädelbach (Hrsg.): Rationalität. Frankfurt/M.

Harsanyi, John 1985: Does Reason Tell us what Moral Code to Follow and, indeed, to Follow any Moral Code at all? Ethics 96, 1: 43.

Hirsch, Fred 1977: Social Limits to Growth. London: Routledge and Kegan Paul.

Hirschman, Albert O. 1977: The Passions and the Interests. Princeton: Princeton University Press.

Hirschman, Albert O. 1993: Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen. Frankfurt/Main: Fischer.

Homann, Karl 1990: Strategische Rationalität, kommunikative Rationalität und die Grenze der ökonomischen Vernunft. In: P. Ulrich (Hrsg.): Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik. Bern und Stuttgart: Haupt.

Höffe, Otfried 1990: Gerechtigkeit als Tausch? Ein ökonomisches Prinzip für die Ethik. In: P. Ulrich (Hrsg.): Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik. Bern und Stuttgart: Haupt.

Inglehart, Ronald 1990: Kultureller Umbruch: Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Katterle, Siegfried 1990: Der Beitrag der institutionalistischen Ökonomie zur Wirtschaftsethik. In: P. Ulrich (Hrsg.): Auf der Suche nach einer modernen Wirtschaftsethik. Bern und Stuttgart: Haupt.

Kaufmann, Franz Xaver 1984 Solidarität als Steuerungsform - Erklärungsansätze bei Adam Smith. In: F.X. Kaufmann und H.-G. Krüsselberg (Hrsg.): Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith. Frankfurt/M.: Campus.

Kohlberg, Lawrence 1981: *Essays on Moral Development, Vol. 1: The Philosophy of Moral Development. Moral Stages and the Idea of Justice*. San Francisco.

Korff, Rüdiger 1985: *Urban System and Everyday Life. Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie Bd. 31*. Saarbrücken und Fort Lauderdale: Breitenbach.

Korff, Rüdiger 1994: *Traders in the City: Power and Social Creativity*. In: H.D. Evers and H. Schrader (eds): *The Moral Economy of Trade*. London: Routledge.

Lay, Rupert 1991: *Ethik für Manager (2. Aufl.)*. Düsseldorf, Wien und New York: Econ.

Martinelli, Alberto and Neil J. Smelser 1990: *Economic Sociology: Historical Threads and Analytic Issues*. In: A. Martinelli and N.J. Smelser (eds): *Economy and Society*. London: Sage.

Meran, Josef 1990: *Ist es ökonomisch vernünftig, moralisch richtig zu handeln?* In: P. Ulrich (Hrsg.): *Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik*. Bern und Stuttgart: Haupt.

Mises, Ludwig von 1940: *Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens*. Genf: Edition Union.

Mittelstrass, Jürgen 1990: *Wirtschaftsethik oder der erklärte Abschied vom Ökonomismus auf philosophischen Wegen*. In: P. Ulrich (Hrsg.): *Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik*. Bern und Stuttgart: Haupt.

Müller, Karl-Heinz 1994: *Modernisierungsskizzen aus dem Geist Karl Polanyis*. Institut für Höhere Studien, Forschungsberichte Reihe Soziologie. Wien.

O'Connor, James 1974: *Die Finanzkrise des Staates*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Parkin, Frank 1971: *Class Inequality and Political Order*. London: McGibbon&Kee.

Picot, Arnold 1992: *Ronald H. Coase - Nobelpreisträger 1991. Transaktionskosten: Ein zentraler Beitrag zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse*. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 21: 79-83.

Polanyi, Karl 1978: *The Great Transformation (German Ed.)*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Polanyi, Karl 1979: *Ökonomie und Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Polanyi, Karl et al. (eds) 1957: *Trade and Markets in Early Empires*. New York: Free Press.

Polanyi-Levitt, Kari and M. Mendell 1987: *Karl Polanyi: A Bibliographical Sketch*. *Telos* No 73: Special Section on Karl Polanyi.

Polanyi-Levitt, Kari (ed.) 1990: *The Life and Work of Karl Polanyi*. Montréal: Black Rose

Popkin, Samuel 1979: *The Rational Peasant*. Berkley, Los Angeles, London: Univ. of California Press.

Portes, Alejandro and Julia Sensenbrenner 1993: Embeddedness and Immigration: Notes on the Social Determinants of Economic Action. *American Journal of Sociology* 96, 6: 1320-1350.

Rawls, John 1975: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.

Reuter, Norbert 1994: Institutionalismus, Neo-Institutionalismus, Neue Institutionelle Ökonomie und andere ‚Institutionalismen‘. Eine Differenzierung konträrer Konzepte. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 114: 5-23.

Richter, Rudolf 1990: Sichtweise und Fragestellung der Neuen Institutionenökonomik. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 110: 571-591.

Robbins, Lionel C. 1932: *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*. London-Basingstoke: Macmillan.

Sahlins, Marshall D. 1972: *Stone Age Economics*. Chicago: Aldini-Atherton.

Schrader, Heiko 1990: Linked with the World Market: The Case of Tibetan Refugees. *Kailash, A Journal of Himalayan Studies*, XVI, 3-4: 187-209.

Schrader, Heiko 1994: *Changing Financial Landscapes in India and Indonesia. Sociological Aspects of Monetisation and Market Integration*. Habilitationsschrift. Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.

Scott, James C. 1976: *The Moral Economy of the Peasant*. New Haven, Conn.: Yale University Press.

Scott, James C. 1985: *Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance*. New Haven: Yale University Press.

Sen, Amartya K. 1977: Rational Fools? A Critique of the Behavioral Foundations of Economic Theory. In: *Philosophy and Public Affairs*, Vol. 6.

Sen, Amartya K. 1985: Goals, Commitment and Identity. *Journal of Law, Economics and Organisation* 1, 2: 241-355.

Simmel, Georg 1989: *Philosophie des Geldes* (repr.). Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Tool, Marc R. 1979: *The Discretionary Economy. A Normative Theory of Political Economy*. Santa Monica, CA.

Ulrich, Peter 1990: Wirtschaftsethik auf der Suche nach der verlorenen ökonomischen Vernunft. In: P. Ulrich (Hrsg.): *Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik*. Bern und Stuttgart: Haupt.

Walton, John 1990: Urban Protest and the Global Political Economy: The IMF Riots. In: M.P. Smith and J.R. Feagin (Hrsg.): The Capitalist City. Global Restructuring and Community Politics. London: Basil Blackwell.

Weber, Max 1984: Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung (Hrsg. J. Winckelmann). Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Mohn.

Weber, Max 1985: Wirtschaft und Gesellschaft (repr.). Tübingen: Mohr.

Wieland, Josef 1990: Wirtschaftsethik als Selbstreflexion der Ökonomie: Die Mindestmoral im ökonomischen System und die Verantwortung für externe Effekte. In: P. Ulrich (Hg.): Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik. Bern und Stuttgart: Haupt.

Williamson, Oliver 1975: Markets and Hierarchies. New York: Free Press.

Yoshihara, Kunio 1988: The Rise of *Ersatz* Capitalism in Southeast Asia. Singapore: Oxford University Press.